

Fortschritt im Spagat

Die Fortschrittskommission hat ihre Arbeit beendet – was hat sie gebracht?

Nach mehr als zwei Jahren intensiver Beratungen ist die Arbeit der Enquete zu Nachhaltigkeit und Lebensqualität in der Sozialen Marktwirtschaft abgeschlossen. Fünf Projektgruppen haben sich mit Themenbereichen auseinandergesetzt, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftsweise von besonderer Bedeutung sind. Viele Frauengruppen, die angesichts der seinerzeit exklusiv mit Männern bestückten Expertenbank Protest und Zweifel artikulierten, werden sich in den kommenden Wochen kritisch mit dem Abschlussbericht auseinandersetzen.

Sie sollten sich nicht mit der Durchsicht des Berichts im Hinblick auf die Erwähnung von Fraueninteressen begnügen. Eine Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit erschließt sich erst aus den Positionen des Berichts zum Verhältnis marktförmigen Wirtschaftens und seinem sozialen Umfeld. Auch hier muss man sich jedoch davor hüten, Bekenntnissen zum Wert unbezahlter Arbeit und der Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu viel Gewicht beizumessen. Die Beleuchtung der Daseinsbedingungen von Frauen mit dem Ziel ihrer Verbesserung reicht nicht hin, um die Relevanz des Dokuments für ein Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität zu ermessen, das – **auch** – den Frauen und ihrem Beitrag zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise gerecht wird.

Wer das Verhältnis von materiellem Wohlstand und subjektivem Wohlergehen neu vermessen will, darf die Augen nicht verschließen vor der Tatsache, dass industrielles Wirtschaften nicht menschen-, sondern güterbezogen ist. Der homo oeconomicus von Adam Smith dirigiert Stoffkreisläufe, und sowohl die Produktionsarbeit als auch die Dienstleistungen der involvierten Menschen sind auf die Mehrung und den Verkauf von handelbaren Gütern (*tradables*) ausgerichtet.

Es ist immer wieder verwunderlich, dass die wirtschaftspolitische Diskussion auch heute noch so tut, als sei das BIP ein Abbild von Güterströmen. Der Bericht der Fortschrittskommission macht hier keine Ausnahme. Dabei bleibt ausgeblendet, dass die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Grundlage des BIP eine Fülle von Dienstleistungen umfasst, die z.B. im Gesundheits- oder im Bildungswesen unmittelbar auf Personen ausgerichtet sind. Die scheinbare Vergleichbarkeit dieser Bereiche mit dem produzierenden Sektor entspringt der Tatsache, dass das BIP nur Geldströme zum Vorschein bringt. Die Interpretation realer Entwicklungen bleibt der Recherche aus einem anderen Blickwinkel überlassen.

Statt der Herstellung von stofflichen Gütern dienen personenbezogene Dienste deren lebensdienlichem Verbrauch. Sie unterstützen und ergänzen Formen der generationsübergreifenden Personensorge, die bis in die Frühzeit der industriellen Entwicklung von überschaubaren sozialen (Haushalts)Gemeinschaften geleistet wurde. Deren Verfasstheit reichte weit hinaus über die engen Grenzen der Ehegattenfamilie und bezog Verwandtschaftsbeziehungen ebenso ein wie dörfliche Siedlungsgemeinschaften.

In der Vormoderne diente das Herstellen und Verkaufen von Gütern grundsätzlich nicht der isolierten Anhäufung von Wohlstand und Besitz, sondern zielte auf Existenzsicherung derer, die der Gemeinschaft angehörten. (Drs. 100, Zeile 1735 ff.) Andererseits gab es seit dem

Altertum in der westlichen Welt keine institutionalisierte Community, die ihre Mitgliedschaft anders definierte als über die Integration in den Herrschaftsbereich eines Mannes.

Auch das Industriezeitalter setzte von Anfang an auf patriarchale Versorgungsstrukturen als Fundament von Generationensorge und Lebensqualität. Schon Adam Smith war überzeugt, ein gerechter Lohn müsse ausreichen, um nicht nur die Produzenten, sondern auch ihre Familie zu ernähren. Von ökonomischer Expertise weder bestätigt noch widerlegt, gilt der Haushalt des Güterproduzenten nach wie vor als kleinste Einheit industriellen Wirtschaftens.

In dieser Perspektive sichert der Mann als Subjekt des Wirtschaftens und Haushaltsvorstand die Existenz seiner Angehörigen, indem er sein Einkommen mit ihnen teilt. Im Gegenzug sind diese verpflichtet, im Interesse des gemeinsamen Lebensstandards seine volle Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt sicherzustellen. Allein eine etymologische Betrachtung des interdisziplinär gebräuchlichen Vokabulars wie z.B. *Oikonomos – Pater familias – Wirt (als Begriff für Ehemann) – Wirtschaft (als Begriff für die Ordnung des Privathaushalt)* macht die enge Verknüpfung kulturell und ökonomisch unterschiedlich definierter Entwicklungen transparent.

Auch wenn sich wesentliche Charakteristika des Geschlechterverhältnisses kontinuierlich verschoben haben und weiter verschieben, ist doch davon auszugehen, dass Personensorge und Versorgungsarbeit zu allen Zeiten vorrangig die Aufgabe von Frauen gewesen ist. Ihre Teilhabe an den materiellen Gütern der Gemeinschaft war abhängig von ihrem Status als Angehörige. Oft genug beschränkte sie sich auf einen flexiblen Unterhaltsanspruch gegenüber einem Ehemann. Die Ausgestaltung ihrer individuellen Erwerbs- und Besitzrechte bestätigte zu allen Zeiten den nicht hinterfragten, weil als Naturgesetz interpretierten ökonomischen und sozialen Vorrang von Männern.

Ein moderner Begriff der Geschlechtergerechtigkeit oder gar -gleichheit kam dabei nicht in Sicht. Über Jahrtausende war die männliche Gesellschaft überzeugt, dass der inferiore Status der Frauen und ihrer Arbeit göttlicher Wille und deshalb historisch unverrückbar sei. Aus diesem Grund ist es beinahe selbstverständlich, dass sich ein vertieftes Interesse von Frauen am Bericht der Fortschrittskommission in erster Linie auf diejenigen Aussagen richtet, die – ausgehend von der **Arbeit der Frauen im Haushalt ihres Ernährers** - das Verhältnis zwischen Markt und Nichtmarkt bzw. von bezahlter und unbezahlter Arbeit beleuchten.

Fortschritt und Geschlechtergerechtigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft

Ganz ohne Zweifel kommt dem Arbeitsbegriff der industriellen Ökonomie eine Schlüsselrolle zu, wenn es um Auswege aus einer Wirtschaftsweise geht, die sowohl in ökologischer als auch in sozialer Hinsicht an ihre Grenzen gestoßen ist. Unter der Lupe eines Logos *Care* analysieren feministische Ökonominen in den letzten Jahrzehnten das Auseinanderdriften wirtschaftlichen Handelns in hochproduktive und hoch bezahlte Produktionsarbeit auf der einen und unproduktive, schlecht oder nicht bezahlte Betreuungs- und Versorgungsarbeit auf der anderen Seite.

Im Hinblick auf Positionen zu Zielen und Wegen, die ein gutes Leben für alle und damit auch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit behandeln, sind vor allem die Voten der Projektgruppen 2 – *Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikators* – und 5 – *Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile* – interessant. In beiden Gruppen gab es Diskussionen über die Relevanz des Nichtmarktbereichs für Lebensqualität und nachhaltiges Wirtschaften. Unterschiedliche Perspektiven und die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, fanden ihren Niederschlag in zahlreichen Minderheits- bzw. Sondervoten.

Darüber hinaus bedarf die gleichberechtigte Einbindung der Frauen in eine auf Nachhaltigkeit und Lebensqualität bedachte Wirtschaftsweise der akribischen Nachfrage aus der Perspektive der weiblichen Bevölkerungsmehrheit. Welche Rolle ist den Frauen zugedacht? Welchen Tendenzen unterliegt ihre Arbeit innerhalb und außerhalb der Märkte? Woher erhalten sie Unterstützung für ihr unbezahltes Engagement in der Generationensorge, wer gewährleistet, dass sie von ihrem Erwerbseinkommen eigenständig leben können? Der Fortschrittsbericht geht fraglos davon aus, dass alle Frauen erwerbstätig sind (bzw. sein wollen oder müssen).

Vor allem Kommissionsmitglieder aus der Gruppe der Oppositionsparteien waren sich bewusst, dass solche Fragen die Systemgrenzen industriewirtschaftlichen Denkens tangieren. Andererseits hat auch die bei alternativen Ökonomen weitverbreitete Forderung nach Neuem Denken nur ansatzweise dazu geführt, die Kluft zwischen der divergierenden Entwicklung herstellender und personenbezogener Arbeit plausibel erklären zu wollen oder gar Handlungsmuster zu entwickeln, die ihrer Überwindung dienen können.

Obwohl die Kommission an keiner Stelle bestreitet, dass die wachsende Güterfülle ökologische und soziale Schäden verursacht, will sie es den Haushalten und ihren Mitgliedern überlassen, im Rahmen eines jeweils individuellen ‚Lebensstils‘ flexible Strategien zur Lösung der sich verdichtenden Probleme zu ersinnen. Ungewollt, erst recht aber ungefragt nimmt sie damit Frauen zum einen als Erwerbspersonen, zum anderen auch in ihrer Eigenschaft als häusliche Versorgerinnen in die Pflicht.

Eine Mehrheit der Kommission lehnt den Fortschrittsbegriff der Vergangenheit ab, der die technik- und effizienzgetriebene Dynamik güterwirtschaftlichen Wachstum für übertragbar hielt in alle Lebensbereiche. Im Bericht der PG 5 findet sich mehrfach der Hinweis darauf, dass neben der Produktion auch die Erfordernis der Reproduktion in die Überlegungen einbezogen werden müsse. Einzelne Formulierungen nähren die Vermutung, dass der Vorstoß in eine weiterführende Analyse nicht nur geplant gewesen sein könnte, sondern auch unternommen worden wäre (Drs. 100, Zeile 311 ff.)

Für einen kühnen Übertritt in das Niemandsland der unbezahlten Arbeit von Frauen im Haushalt ihres Ernährers reichten indessen weder Mut noch Kompetenz der versammelten Experten. Einvernehmlich verständigte man sich darauf, den Schwerpunkt der Diskussion über die „Reproduktion der Menschen, ihrer Lebensbedingungen und der Gesellschaft als Ganzes“ im vertrauten Rahmen der marktvermittelten Produktion von Gütern und Dienstleistungen anzusiedeln (Drs. 100, Zeile 315).

Wenngleich widerständig, respektierte die Kommission damit am Ende doch das strikte Gebot industriewirtschaftlichen Denkens, die Marktgrenze nicht zu übertreten. Der anschließende Hinweis auf die „vielfältigen Dimensionen der nicht-marktförmigen Reproduktion von Menschen, Gesellschaft und Natur“ macht gleichwohl offenkundig, dass man sich der Ambivalenz dieser Entscheidung bewusst war. Ohne den Schleier der Monetarisierung käme die Interdependenz der ausgeblendeten Bereiche deutlicher zum Vorschein. (Zeile 318 ff)

Nur wenige Seiten später behandelt der Bericht der PG 5 das Verhältnis von Arbeit und Nachhaltigkeit. Auch an dieser Stelle hätte er gerne Bezug genommen auf „Formen von unbezahlter Arbeit, Care Tätigkeiten und bürgerschaftlichem Engagement“ jenseits von Erwerbsarbeit. Erneut begnügte man sich jedoch damit, den Zusammenhang von Arbeit und Nachhaltigkeit „primär im Bereich der abhängigen Arbeit und der Berufsarbeit“ zu behandeln. (Drs. 100, Zeile 1727 ff).

Nicht nur die Reflexion der PG 5, sondern auch viele Texte aus den anderen Projektgruppen der Enquete dokumentieren einen Bewusstseinswandel gegenüber dem, was feministische Ökonominen in aller Welt den *male bias* des akademischen Mainstreams zu nennen pflegen. Der blinde Fleck im ökonomischen Horizont, der den Blick auf lebendiges Leben und seine Bedingungen behindert, ist ein wenig durchlässiger geworden. Doch es wäre verfrüht, ein Zeitalter heraufziehen zu sehen, in dem Lebensqualität und Wohlergehen denselben Stellenwert besitzen wie die exponentielle Steigerung der Güterproduktion.

Rückblick und Ausblick – eine Verschränkung

Man erinnere sich an den Slogan der Frauenbewegung *Das Private ist politisch*. Er bezog seine Legitimation aus der Durchgängigkeit von Strukturen, die auf den Mann als *Individuum und Repräsentant der Seinen* zugeschnitten waren.

Auch die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard hat seinerzeit der rationellen Produktion stofflicher Güter vor anderen Belangen Vorrang eingeräumt. Er manifestiert sich plakativ auch heute noch in der - theoretisch, statistisch, sozialpolitisch - unangefochtenen Einheit des Güterproduzenten mit dem von ihm alimentierten Haushalt als kleinster Wirtschaftseinheit. Gleichzeitig setzte man auf die intakte Ernährerfamilie als Pool für die kostenlosen Dienstleistungen ihrer weiblichen Mitglieder.

Wo zeigt sich ein Ausweg, der ‚anschlussfähig‘ ist und nicht so tut, als könnten wir ganz von vorn beginnen? Der Bericht der deutschen Enquete zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt bezieht sich mehrfach auf die von Präsident Sarkozy 2007 einberufene sog. Stiglitz-Kommission. Ihr gehörten neben fünf Nobelpreisträgern auch zwei renommierte Feministische Ökonominen an. In ihren 2009 veröffentlichten Empfehlungen (http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf) schlägt die Kommission einen Wechsel der Blickrichtung vor.

Sie regt an, anstelle der Produktion die Konsumtion, d.h. statt des produzierenden Sektors den Bereich der privaten Haushalte zum Ausgangspunkt einer Neuorientierung zu machen. Wenn überhaupt, lasse sich die Privilegierung der Produktion von Konsumgütern nur insoweit rechtfertigen, als sie lebendigem Leben zugute komme. Dagegen sollte auch der Ertrag unbezahlter Arbeit in die Wohlfahrtsmessung einbezogen werden.

Die deutsche Enquete hat sich diese Empfehlungen nur sehr bedingt zu Eigen gemacht. Einigen ihrer Mitglieder ist es immerhin gelungen, in das Indikatorentableau zu einem anderen Wohlstandsbegriff eine ‚Hinweislampe‘ auf unbezahlte Arbeit hineinzuboxen. Recht undifferenziert und konturlos bleibt dagegen ein Begriff *das Ganze der Arbeit*, der gelegentlich auftaucht.

Unabhängig von einer **alternativen Sicht auf das Ökonomische** und den daraus folgenden Konsequenzen für wirtschaftliches Handeln enthält der deutsche Bericht wenig Gehaltvolles zum Thema Geschlechtergerechtigkeit. In den Sondervoten der Opposition (Drs. 17(26)141) wird dies als Versäumnis gesehen und bedauert (siehe aber auch Drs. 17(26)139 zur Fülle des Lebens). Neben anderen Themen steht das Geschlechterverhältnis auf der Agenda derer, die den begonnenen Diskurs fortsetzen wollen. Die Zivilgesellschaft – und damit auch die Stimme der Frauen – ist zur Einmischung aufgefordert.